

Regionen als Bezugsgröße in Diktaturen und Demokratien

In der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, aber auch bei der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus galt die regionale Fallstudie über Jahrzehnte als der empirische Ansatz der ersten Wahl. Dagegen blieb die Region in der klassischen Politikgeschichte, die ihren Blick aus naheliegenden Gründen meist auf die Zentren der Macht richtet, von untergeordneter Bedeutung. Insbesondere in Deutschland, das von Celia Applegate sehr pointiert als eine „Nation of Provincials“ beschrieben worden ist¹, spielte der Regionalismus als politisches Problem wie als wissenschaftliches Themenfeld stets nur eine Nebenrolle. Die beachtliche „Karriere“ dieses Paradigmas, das in der Folge der kulturellen Neubestimmung der späten sechziger Jahre in der Interpretation der neuen sozialen Bewegungen² vorübergehend starke Beachtung erfuhr, erweist sich aus heutiger Sicht kaum als nachhaltig. Erst auf dem Umweg über die Denkfigur des „Europa der Regionen“ rückt die Dimension des Regionalen seit einigen Jahren wieder stärker in den Blickpunkt.

Dabei ist das Spektrum der handlungsleitenden Fragen sehr breit und heterogen: Welche Rolle werden Regionen im gemeinsamen Haus Europa spielen? Stellen sie ein modernisierendes Element, vielleicht sogar ein Korrektiv gegenüber dem überlebten Prinzip der Nation dar? Oder umgekehrt: Ist die Propagierung eines „Europa der Regionen“ vielleicht nur eine sehr geschickter Schachzug, um eine aus Nationen addierte Europäische Union den skeptischen Bevölkerungen über regionenspezifische Identifikationen näher zu bringen?

Zu beobachten ist, dass die Debatte über den Stellenwert der Region auch im föderalistischen Deutschland stetig an Bedeutung gewinnt. Dies hängt zum Teil mit den kulturellen, vor allem aber mit den ökonomischen Folgen der Globalisierung zusammen. Mittlerweile ist diese Entwicklung auch in der Politik angekommen. So wurden im niedersächsischen Wahl-

1 C. Applegate, *A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat*, Berkeley u. a. 1990.

2 D. Gerdes, *Regionalismus als soziale Bewegung. Westeuropa, Frankreich, Korsika: Vom Vergleich zur Kontextanalyse*, Frankfurt a. M./New York 1985. Vgl. auch G. Brunn, *Regionalismus in Europa*, in: *Comparativ* 5 (1995) 4, S. 23-39.

kampf mit den Bezirksregierungen die tradierten mittleren Verwaltungsstrukturen zur Disposition gestellt, während gleichzeitig die „Wolfsburg AG“ und die aus Stadt und Landkreis neu gebildete „Region Hannover“ als Blaupausen für effizientere politische Ordnungsstrukturen zu einer realistischen Option werden.

Steht damit der Region möglicherweise auch eine große Zukunft als wissenschaftliche Bezugsgröße bevor, die weit über die bereits eingeführten Verwendungszusammenhänge hinausweist? Der Erörterung dieser Frage diene eine Konferenz, die vom 14. bis 16. November 2002 vom Sonderforschungsbereich 417 der Universität Leipzig „Regionenbezogene Identifikationsprozesse“, dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum für die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e. V. (Leipzig) und dem Forschungsprojekt „Regionalbewusstsein und Regionalkulturen in Demokratie und Diktatur“ (Berlin/Leipzig) unter dem Titel „Regionen, Regionalkulturen und Regionalisierungen in Diktatur und Demokratie“ am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig durchgeführt wurde. Zunächst ist der Rahmen für die im Folgenden präsentierten Beiträge in zwei Punkten ganz knapp zu umreißen.

1. Begriff und Konzept der Region – innovative Forschungsstrategie oder nur zeitgeistige Mode?

Regionenbezogene Untersuchungsansätze spielen mittlerweile in sehr vielen wissenschaftlichen Fächern und Forschungsrichtungen eine bedeutende Rolle. Entsprechend groß ist die Palette der angebotenen Begriffsdefinitionen, etwa in der Sozial- und Wirtschaftsgeographie, in der Landespflege, in der Raumplanung, in der Volkskunde, in der Politologie und anderen Wissenschaftszweigen. Mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen wird der Begriff der Region nicht zuletzt auch schon innerhalb der Geschichtswissenschaft verbunden, wo sich mit der traditionellen Landesgeschichte und der später entstandenen und systematischer vorgehenden Regionalgeschichte sogar zwei explizit konkurrierende Paradigmen und Bezugssysteme ausgebildet haben. Im Ergebnis hat die ubiquitäre „Karriere“ des Begriffs dazu geführt, dass man „Region“ beispielsweise als ein durch geomorphologische Strukturen abgegrenztes Gebiet bestimmen kann, mit gleichem Recht aber auch als „Sprachlandschaft“; als administrative Verwaltungseinheit, aber auch als ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten funktional zusammengehörendes Gebiet. Eine sehr weit gefasste und daher für eine erste definitorische Annäherung brauchbare, gleichzeitig aber auch auf fallspezifische Präzisierungen angewiesene allgemeine Definition hat Manfred Sinz

vorgeschlagen: Regionen seien „zweckgebundene Raumabstraktionen“³, die beliebig variiert werden können. Eine ähnliche Position vertritt auch der Sozial- und Wirtschaftshistoriker Wolfgang Zorn, der darauf verweist, dass der Region als räumlicher Bezugseinheit „jede verbindliche Festlegung einer Größenordnung“ fehle, und zwar „sowohl nach unten wie nach oben“⁴. Tatsächlich existieren in der wissenschaftlichen Literatur historische Untersuchungen über Landkreise, die sich als „Regionalstudien“ präsentieren, und gleichzeitig firmieren in den politikwissenschaftlichen area-studies ebenso wie im gesellschaftsgeschichtlichen Zivilisationsvergleich ganze Kontinente wie Lateinamerika als „Regionen“ der Welt⁵. Mithin ist zu konstatieren, dass die Aggregationshöhe regionaler Strukturen überaus flexibel ist. Mit Detlef Briesen kann man sogar davon sprechen, dass die „Region“ von ihrem Charakter her zunächst einmal nur eine „Residualkategorie“ darstellt⁶, sofern nämlich keine zusätzlichen qualitativen Kriterien für eine sinnvolle Abgrenzung herangezogen werden.

In der traditionellen Landesgeschichte ergaben sich die Konturen einer „politischen Landschaft“⁷ – so der dort vielfach bevorzugte Leitbegriff – vor allem aus den politischen Grenzen bzw. den internen Differenzierungen der Territorien. Dieser stark auf die Dimension der politischen Herrschaft fixierten (und damit im Blickwinkel erheblich verengten) Ableitung hat sich die moderne Regionalgeschichte bewusst verweigert. Sie versteht die Region als eine flexibel zu definierende Struktur der mittleren Ebene, die es je nach dem spezifischen Untersuchungsinteresse ganz pragmatisch ermöglicht, zwischen der lokalen Mikroebene und der nationalen Makroebene sinnvolle Untersuchungsfelder einzugrenzen und festzulegen. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es weder zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen, die die Kategorie der „Region“ in vielfältigen Formen und Varianten als heuristisches Instrument benutzen, noch innerhalb der Geschichtswissenschaft einen verbindlichen Konsens über eine allgemein akzeptierte Verwendung des Begriffes gibt. Dies bedeutet im Ergebnis, dass

3 M. Sinz, Region, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumplanung, Hannover 1995, S. 805-808.

4 W. Zorn, Territorium und Region in der Sozialgeschichte, in: W. Schieder/V. Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Göttingen 1986, S. 137-161.

5 Vgl. H. Kaelble, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 79ff.

6 D. Briesen, Regionalbewusstsein – einige Fragen zu einem schwierigen Begriff, in: W. Bramke/U. Heß (Hrsg.), Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Weimar u.a. 1995, S. 31-49, hier S. 34.

7 H. Gollwitzer, Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 27 (1964), S. 523-552.

jede einzelne auf die Region bezogene Forschung eine auf ihr spezifisches Untersuchungsinteresse zugeschnittene Begriffsbestimmung vornehmen bzw. einen sinnvollen Arbeitsbegriff ableiten und definieren muss.

Bei der Erforschung von Regionalbewusstsein und Regionalismen geht es indes nicht vorrangig um die Frage, mit welchen Parametern Regionen definiert werden, sondern um die Konstitution der Region als Sinnkonstrukt. Relevanz hat die Raumkategorie „Region“ in dieser Perspektive nur dann, wenn sie von ihren Bewohnern (oder zumindest einem großen Teil ihrer Bewohner) mit einem kollektiven Sinn identifiziert wird. Die Existenz solcher regionalspezifischer Wahrnehmungsstrukturen lässt sich in der Regel nur indirekt durch Indizien bzw. Indikatoren belegen. Solche können beispielsweise sein: die Existenz von kulturellen und heimatgeschichtlichen Vereinigungen und Organisationen sowie wirtschaftlichen Interessenverbänden, die sich auf ein bestimmtes Gebiet beziehen und für dieses eine Zusammengehörigkeit reklamieren; ebenso aber auch die Region als Denkfigur in öffentlichen Debatten, in der heimatkundlichen Literatur und in Reisebeschreibungen. Regionen wären dementsprechend keine unveränderlichen statischen Größen, sondern Konstrukte, die in einem stetigen Prozess immer wieder neu generiert werden müssen, sofern sie wirkungsmächtig bleiben wollen bzw. sollen. Dies bedeutet, dass Regionen von der Landkarte (oder eigentlich besser: aus den Köpfen der Menschen) verschwinden können und ebenso auch, dass neue und paradoxerweise auch alte Regionen „erfunden“ werden – gelegentlich mit großem, bisweilen aber auch mit zweifelhaftem Erfolg.

Am Ende dieser einführenden Skizze zu den vielfältigen Kontexten, in denen die Region bislang wissenschaftliche Bedeutung gewonnen hat, kann somit im Grunde nur eine vorläufige und ambivalente Antwort auf die Eingangsfrage stehen, ob die Wiederbelebung der Regionalforschung mehr als ein Modeerscheinung ist. Dass der Regionenbezug eine innovative Forschungsstrategie darstellt, dürfte nach den vielen genannten Beispielen außer Zweifel stehen. Ob die Region eine schemenhafte und nahezu beliebige Referenzfolie bleibt oder aber zur operationalisierbaren Untersuchungsebene wird, hängt ganz entscheidend von einer soliden und konkret nachvollziehbaren Arbeitsdefinition in jedem einzelnen Forschungszusammenhang ab.

2. Formen und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Regionen-Konzeptes in der komparativen Forschung

Wo die Region beim Vergleich von Diktaturen und Demokratien die grundlegende Bezugsgröße darstellt, treten zwei Varianten besonders in

den Vordergrund. Die erste ist die *exemplarisch angelegte Regionalstudie*, in der die Region als ein kleinräumiger als die Nation angelegtes (und damit besser operationalisierbares) Forschungsfeld gewählt wird, um beispielhaft eine Interpretation oder ein neues Deutungsmuster zu entwickeln. Wer assoziiert bei der so kontrovers diskutierten These von der Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus denn nicht das katholisch-konservative Bayern als die ursprüngliche Referenzgröße? Einen zweiten Typus bilden *komparative regionale Ansätze* in der Diktaturforschung, bei denen es darum geht, durch eine parallel angeordnete Untersuchung von mehreren Fallbeispielen Unterschiede wie Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, wie z.B. den Einfluss von diktatorischen und demokratischen Machtstrukturen auf die Entfaltungsmöglichkeiten von spezifischen Regionalkulturen in der diachronen Entwicklung zu vergleichen, aber auch im synchronen Vergleich zwischen unterschiedlichen Fallbeispielen zu differenzieren.

Im Hinblick auf beide hier skizzierten Hauptformen von auf die Region gestützten Forschungen ergibt sich die Frage, welche Leistungen die Komparatistik in dem hier zur Debatte stehenden Schnittfeld von modernen politischen Systemen und Regionen erbringen kann. Als erste Annäherung bietet es sich an, den Blick auf die vier grundlegenden Funktionen von komparatistischen Ansätzen zu richten und anhand dieses Rasters zu fragen, wo spezifische Qualitäten einer regional vergleichend angelegten Diktaturforschung liegen könnten⁸. Diese vier Grundfunktionen sind: die heuristische, die deskriptive, die analytische und schließlich die paradigmatische Ebene.

a) Es dürfte unmittelbar plausibel sein, dass sich im begrenzteren und durch Hinzuziehung von relevanten inhaltlichen Merkmalen zudem flexibel operationalisierbaren Rahmen der Region Fragehorizonte und Hypothesen möglicherweise einfacher und innovativer entwickeln lassen, als auf der in vieler Hinsicht unübersichtlichen nationalen Ebene oder dem für manche Problemfelder zu kleinteiligen lokalen Zugriff. b) Ebenso liegt es auf der Hand, dass derart konstruierte (oder genauer: wissenschaftlich rekonstruierte) Regionen eine bevorzugte Bezugsgröße bilden, wenn es darum geht, durch den historischen Vergleich die jeweils untersuchten Fallbeispiele möglichst prägnant zu konturieren und zu profilieren. c) Der Rückgriff auf unterschiedliche regionale Fallbeispiele erscheint zudem überaus sinnvoll, da er es besonders nahe legt, nicht bei der korrekten Beschreibung des einzelnen untersuchten Phänomens stehen zu bleiben, sondern im Kontext von zwei oder mehreren miteinander konfrontierten Fallbeispielen nach Ursachen und Bedingungen der erhobenen Strukturen oder Entwick-

8 Vgl. D. Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2002.

lungsprozesse zu fragen. d) Schließlich ist darauf zu verweisen, dass Vergleiche den Blick für alternative Optionen und Konstellationen öffnen. Die Region kann dabei eine zentrale Bezugsgröße darstellen, wie nicht zuletzt die Bedeutung des Bayern- und des Saarland-Projektes für eine NS-Forschung unterstreichen⁹, die über mindestens ein Jahrzehnt die entscheidenden Impulse aus der regional- und lokalhistorischen Forschung erhalten hat.

Für die Erforschung von Diktaturen und Demokratien kann die Region in mindestens drei verschiedenen „Rollen“ eine wichtige Bedeutung gewinnen – auch wenn diese Funktionen eher in der Theorie als in der Forschungspraxis deutlich voneinander zu scheiden sind: 1) als *strukturelle Bezugsgröße*, also als flexibel definiertes Untersuchungsfeld mittlerer Größenordnung; 2) als *historisch-politische Bezugsgröße*, beispielsweise als Aktionsfeld einer Regionalpartei oder einer politischen Bewegung (mit dem Fokus auf die konkrete Region und „ihren“ spezifischen Regionalismus); 3) als *kulturelle Bezugsgröße*, d.h. als Referenzfolie für regionale politische Kulturen, für Mentalitäten, für regionalspezifische Milieus usw.

3. Erste Ergebnisse

Auf der Tagung „Regionen, Regionalkulturen und Regionalisierungen in Diktatur und Demokratie“ ging es um die beiden grundsätzlichen Fragen, in welchem Verhältnis Regionalisierung und Regionalismus zueinander stehen und wie stark politische Systeme die Herausbildung und Entwicklung von regionaler Identifikation, Regionalkultur, Regionalisierungen und Regionalismen beeinflussen und bedingen. Idealtypisch könnte man von den beiden Varianten ausgehen, dass sich regionale Orientierungen weitgehend unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen entwickeln oder aber von den Repräsentanten des einen oder anderen politischen Systems propagiert und damit auch geprägt werden.

Die Referate deckten räumlich das Spektrum von der iberischen Halbinsel über Frankreich, Italien, Deutschland, die Tschechoslowakei und Ungarn bis nach Galizien und Transnistrien in Osteuropa ab. Dabei fanden so unterschiedliche politische Systeme Berücksichtigung wie der italienische Faschismus und das Regime der „Pfeilkreuzler“ in Ungarn, die NS- und die SED-Herrschaft, das post-franquistische Spanien und post-kommunistische Machtstrukturen in Randgebieten der ehemaligen Sowjetunion sowie die

⁹ Vgl. M. Broszat/E. Fröhlich (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, 6 Bde., München 1977–1983; Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, *Herrschaft und Alltag. Ein Industrievier im Dritten Reich*, Bonn 1991; G. Paul/K.-M. Mallmann, *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995.

westdeutsche Nachkriegsdemokratie und die Regierungszeit Kurt Biedenkopfs als Ministerpräsident von Sachsen. Da in diesem Band nur ausgewählte Beiträge der Tagung wiedergegeben werden können, sollen im folgenden wichtige Ergebnisse der Referate und Diskussionen zusammengefasst werden.

1) Prozesse der Regionalisierung – verstanden als Entwicklung eines räumlichen Zugehörigkeitsgefühls, einer raumbezogenen Selbstdeutung und Artikulation regionaler Interessen – lassen sich in vielen verschiedenen politischen Systemen feststellen. So setzen diese bereits vor der Jahrhundertwende ein und nahmen dann einen steilen Aufschwung in der Zwischenkriegszeit. Dabei überlagerten sich in den Vielvölkerstaaten Mittelest- und Südosteuropas Prozesse der nationalen Identitätskonstruktion mit der Definition regionaler Identitäten. Beispielhaft für diesen Prozess ist Galizien zur Zeit der Habsburger Monarchie, als die Region je nach nationalgeschichtlicher Tradition in ganz unterschiedlicher Weise interpretiert wurde.

2) Neben alltäglichen Regionalisierungsprozessen lassen sich namentlich in diktatorischen Systemen Versuche feststellen, neue Regionen zu definieren, die politisch gewollten territorialen Strukturen entsprechen. Das gilt im Nationalsozialismus für Parteigau und in der DDR seit 1952 für die Bezirke, so unterschiedlich sie von ihrer politischen Relevanz her waren. Diese von Partei und Staat propagierten Räume standen in Konkurrenz zu tradierten regionalen Bindungen, die sie zumindest im Fall der DDR-Bezirke unmittelbar ersetzen sollten. Im Vergleich dazu erfolgte eine Aufwertung der NS-Parteigau erst im Rahmen der Gaukulturpolitik, die den Parteistrukturen eine größere Legitimation verschaffen sollte.

3) Der Umschlag alltäglicher Regionalisierungsprozesse in einen wirkungsmächtigen Regionalismus kann unterschiedliche Ursachen haben. Während es für Osteuropa zuzutreffen scheint, dass er einen ethnischen Kern voraussetzt, ist dieser Zusammenhang in West- und Mitteleuropa nicht unbedingt gegeben. Regionalismus entsteht hier vorrangig aus einem Gefühl der Benachteiligung der eigenen Region, wie die Beispiele der elsässischen Regionalbewegung in den 1970er Jahren oder Sachsens und Westfalens in den späten Jahren der Weimarer Republik deutlich machen. Anders als das Elsass in der V. Republik oder kleinere deutsche Territorien verfügten Sachsen und Westfalen über wirkungsvolle Artikulationsmöglichkeiten im föderalen System des deutschen Reiches, die es ihnen ermöglichten, ihre regionalen Interessen gegenüber der Zentralregierung zu vertreten.

4) Regionalismen können verschiedene Ausprägungen haben. Geht es in einem Fall nur um die Beseitigung ökonomischer, kultureller oder politi-

scher Benachteiligungen, so zielen andere Regionalismen auf eine weitgehende Autonomie oder im Fall separatistischer Bewegungen auf volle staatliche Unabhängigkeit ab. Dass Regionalismus nicht gleichbedeutend mit der Absonderung einer Region sein muss, belegt der Fall des elsässischen Regionalismus. Im Gegensatz zu ethnisch oder agrarromantisch fundierten Regionalismen definierten seine Verfechter die Region als kulturelle Brücke zwischen zwei Nationen und forderten eine Überwindung ihrer politischen Grenzen. Sicherlich einen Extremfall separatistischer Bestrebungen stellt die Abspaltung Transnistriens von Moldawien dar, wo das russische politische Establishment der Sowjet-Ära vorrangig seinen Besitzstand vor dem Zugriff der rumänischen Regierung bewahren wollte.

5) Zu den wichtigsten Ursachen für ein Umschlagen regionaler Identifikationsmuster in regionalistische Orientierungen gehört die Repression tatsächlicher oder vermeintlicher regionalistischer Bewegungen. Diese geht in den meisten Fällen von Diktaturen mit totalitärem Herrschaftsanspruch aus, ist aber nicht auf sie beschränkt. Wie das Beispiel des elsässischen Regionalismus in der Zwischenkriegszeit und nach 1945 zeigt, bekämpften die Regierungen der französischen Republik bis 1981 die Regionalbewegung, da sie in ihr eine Gefährdung der territorialen und damit auch nationalen Integrität sahen. In Weltanschauungsdiktaturen kommt hinzu, dass regionale Orientierungen tendenziell das staatliche Wahrheitsmonopol in Frage stellen. Dabei richtet sich die Einschränkung regionaler Kulturtraditionen in den seltensten Fällen gegen deren regionalen Charakter, sondern vornehmlich gegen ihren weltanschaulichen Hintergrund.

6) Sowohl diktatorische Regime als auch demokratische Politiker nutzen und nutzen regionale Orientierungen, um Mobilisierungseffekte zu erzielen. Dabei können tradierte Konstruktionen des Regionalen mit ganz unterschiedlichen politischen Inhalten gefüllt werden. So versuchte die sächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ein positiv besetztes Sachsen-Bild mit bestimmten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen zu kombinieren, um diesen größere Akzeptanz in der sächsischen Bevölkerung zu verschaffen. Ermöglicht wird dieses taktische Vorgehen durch Stereotypen der regionalen Wahrnehmung, wie sie sich in der Tradierung regionaler Symbole und Bilder über alle Systembrüche hinweg widerspiegeln. Auf diese griffen sowohl die NSDAP-Gauleitungen als auch die SED bei der Propagierung ihrer jeweiligen Heimat-Begriffe zurück.

7) Trotz dieser Gemeinsamkeiten lassen sich einige Spezifika im Umgang von Diktaturen mit regionalen Bewegungen und Orientierungen feststellen. Obwohl diese sich nicht scheuten, regionale Deutungsmuster für die eigene Propaganda zu verwenden, widersprachen autochthone regionale

Bestrebungen prinzipiell ihrem totalitären Herrschaftsanspruch. Das führte unweigerlich zu Konflikten mit der traditionellen Heimatbewegung, die zumindest im Fall des Nationalsozialismus zunächst große Hoffnungen auf die Unterstützung ihrer Bestrebungen durch die neuen Machthaber gesetzt hatte, im Verlauf der NS-Herrschaft aber in zunehmendem Maße zu einem Instrument der nationalsozialistischen Kulturpolitik umgewandelt wurde.

8) Ungeachtet ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung lassen sich sowohl für die Zeit des Nationalsozialismus als auch des SED-Sozialismus Gegenentwicklungen und Brüche in der Behandlung regionaler Orientierungen feststellen. So nahmen beide Regime zeitweise Rücksicht auf die Interessen der Heimatbewegung, um die angestrebte Integration der Gesellschaft in das politische System zu fördern. Während es im NS-Staat vorrangig regionale Parteifunktionäre waren, die die Initiative für eine Instrumentalisierung regionaler Traditionen und Themen ergriffen, folgte die Entwicklung in der SBZ/DDR zentralen Entscheidungen. Nachdem mit der Auflösung der Länder 1952 eine Entregionalisierung angestrebt worden war, folgte schon seit Mitte der 1950er Jahre und dann wieder seit den späten 1970er Jahren eine Förderung regionaler Traditionen, die sich beispielsweise an der Entwicklung der Regionalgeschichtsschreibung ablesen lässt. Berücksichtigt man, dass die offizielle Heimatbewegung der DDR selbst in den fünfziger Jahren gefördert wurde und die Anfänge der marxistischen Regionalgeschichtsschreibung bis in die sechziger Jahre zurückgehen, erscheint die Zeitspanne, in der regionale Orientierungen von der SED tabuisiert wurden, relativ kurz. Wie die Nationalsozialisten erkannten auch die SED-Funktionäre die Vorzüge, die alltäglichen Regionalisierungstendenzen zur Förderung der eigenen politischen Ziele zu nutzen.

9) Während eine alltägliche Regionalisierung in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts aus herrschaftstaktischen Gründen nicht nur toleriert, sondern in vielen Fällen auch gefördert wurde, galt jeglicher Regionalismus mit autonomistischem Anspruch als akute Gefahr für den Bestand der Herrschaftsordnung. Im Falle Spaniens und der Sowjetunion diente die Unterdrückung des Regionalismus geradezu als Legitimation der Diktatur. Zumindest von der Theorie her war das auch im Herrschaftsanspruch von NSDAP und KPD/SED angelegt. Verstanden sich die Nationalsozialisten als Vorkämpfer der rassistisch legitimierten homogenen deutschen Volksgemeinschaft gegen kleinstaatlichen Partikularismus, so vertraten die deutschen Kommunisten bis in die 1960er Jahre das Ideal der nationalen Einheit im Rahmen der Propaganda ihrer eigenen und der sowjetischen Deutschlandpolitik. In der Praxis erkannten beide Regime indes den Nutzen, den Regionalisierungen für die Stabilisierung ihrer Herrschaft boten.

10) Die Tradition einer antiregionalistischen Grundhaltung der spanischen Konservativen nach dem Ende der Franco-Diktatur, wie sie sich in ihrer Ablehnung des baskischen Autonomie-Statuts von 1979 ausdrückte, und die Regionalpolitik der französischen Regierungen unterschiedlichster parteipolitischer Zusammensetzung bis zum Ende der 1970er Jahre belegen indes, dass die Bekämpfung autonomistischer Bestrebungen genau so gut eine Konsequenz zentralistischer Staatstraditionen sein kann.

11) Besteht in zentralistischen Demokratien immerhin die Möglichkeiten einer sukzessiven Transformation in ein föderales System, so sorgten die eingefrorenen Herrschaftsstrukturen in den kommunistischen Diktaturen Ost-, Mittel- und Südosteuropas dafür, dass sich Nationalismen und Regionalismen nach dem Zusammenbruch von 1989/90 eruptiv Bahn brachen. In abgeschwächter Form vollzog sich dieser Prozess auch in Spanien, wo aber nicht nur ältere Autonomiebestrebungen zum Zuge kamen, sondern neue Regionalisierungen in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Franco-Diktatur entstanden.

12) Konnte wie im deutschen Fall nach 1945 unmittelbar an Vorkriegstraditionen der Heimatbewegung angeknüpft werden, sorgte die regionale Orientierung zumindest in den westlichen Besatzungszonen dafür, dass der Heimatbegriff mit demokratischen Inhalten aufgeladen wurde und somit den Übergang in die neue politische Ordnung erleichterte. Während sich die Heimatbewegung in der DDR auch in den siebziger Jahren trotz des und teilweise gerade in Reaktion auf den sozialistischen Heimatbegriff in traditionellen Gleisen bewegte, verbanden sich seit den sechziger Jahren in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern Regionalisierung und Modernisierung.

Für die Frage nach den Ursachen des Übergangs von alltäglichen Regionalisierungsprozessen zum Regionalismus gibt es ebenso wenig eine einfache und eindeutige Antwort wie für die nach der Bedeutung von Diktatur und Demokratie für die Konstruktion und Akzeptanz regionaler Identifikationsmuster. Das Experiment der Leipziger Konferenz, viele verschiedene und teils sehr disparate Forschungsansätze aus diesem Kontext zusammenzuführen, machte deutlich, dass die Debatte über Regionen, Regionalisierungen und Regionalismen trotz beachtlicher wissenschaftlicher Fortschritte noch lange nicht abgeschlossen ist.